DR-01 Dringlichkeitsantrag: NEIN zur Regierungsbeteiligung an Urenco

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)
Tagesordnungspunkt: D TOP 09 - Dringlichkeitsanträge

Antragstext

Die Bundesregierung will kurzfristig für bis zu 4 Mrd. € die Anteile von RWE und E.ON an der Uranfabrik Urenco übernehmen. Offenbar wurde auf den letzten Drücker noch eine Umschichtung im Bundeshalt vorgenommen. Die Regierung hatte versucht, den Vorgang geheim zu halten.

Urenco betreibt Urananreicherung bis knapp unter 20 %, sog. „HALEU“ (High-Assay Low-Enriched Uranium, 5 bis 20 % angereichert), das gerade noch laut internationalen Verträgen erlaubte Maß. Ab 20 % wird von „HEU“ (Highly Enriched Uranium, Anreicherung dort bei über 20 %) gesprochen, ab 60 % ist dieses uneingeschränkt waffentauglich. Hintergrund sind offenbar Wünsche aus Großbritannien, die bisher seit Jahrzehnten über keine eigne Anreicherung über die 5% (für AKWs) hinaus mehr verfügen. Urenco solle eine zentrale Rolle bei der Modernisierung der britischen nuklearen Abschreckung übernehmen.

Damit wurde der in Deutschland beschlossenen „Atomausstieg“ aufs schärfste konterkariert. Im Gegenteil würde in die militärische Nutzung eingestiegen, zunächst für die Antriebe von Atom-U-Booten. Mittelfristig würde auch das Tor für den Bombenbau meilenweit geöffnet. Wie nahe die angebliche „zivile“ Nutzung und Anreicherung für Bombenmaterial zusammenliegen, hat der Iran und Pakistan in negativer Hinsicht eindrucksvoll bewiesen.

Die BDK von Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordert daher,

- solange es eine deutsche Beteiligung an Urenco gibt, JEGLICHE militärische Nutzung zu unterbinden
- den finanziell wie politisch unverantwortlichen Einstieg der Bundesregierung in Urenco zu verhindern oder falls schon umgesetzt, rückgängig zu machen
- einen (genehmigungspflichtigen) Verkauf an Dritte zu verhindern
- einen Facharbeitskreis einzusetzen und für diesen die Beratung von Expert*innen zu sichern, um eine Planung zur Abwicklung zumindest der deutschen Beteiligung (besser der gesamten Urenco) zu erarbeiten
- so schnell wie möglich die deutschen Atomfabriken in Gronau und Lingen endlich stillzulegen.

Begründung der Dringlichkeit

Die geplante Übernahme der Urenco-Anteile von RWE und E.ON durch die Bundesregierung wurde erst am 13.11. – nach Antragsschluss – bekannt.

Begründung

Besonders makaber und peinlich für Union und SPD, für Merz und Klingbeil ist, dass der hier auf einmal freigesetzte Betrag fast deckungsgleich ist mit den 5 Mrd. €, die jetzt auf einmal doch wieder für die Stromsteuersenkung fehlen.

Für die laufenden Atomkraftwerke ist dieser Einstieg unnötig. Neue AKWs wird es in Deutschland nicht geben, andere Neubauten sind völlig überteuert, unrentabel, nicht klimawirksam und daher entbehrlich. Die Atombewaffnung von Großbritannien mit deutschem Steuergeld zu fördern wäre unverantwortlich und nicht vermittelbar, vor allem in Anbetracht der leeren Kassen.

Näheres findet sich in einem Hintergrundpapier mit zahlreichen Quellen auf https://u-g-l.de/4-mrd-e-steuergeld-auf-dem-weg-zur-eu-atommacht/

weitere Antragsteller*innen

Barbara Romanowski (KV Oberberg); Klaus Feurich-Tobien (KV Bielefeld); Tim Lautner (KV Münster); Julia Länder (KV Leverkusen); Claudia Laux (KV Coburg-Land); Jens Pommer (KV Düsseldorf); Jens Polster (KV Celle); Klemens Griesehop (KV Berlin-Reinickendorf); David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Vanessa Hüber (KV Karlsruhe); Philipp Schmagold (KV Plön); Wolfgang Wähnelt (KV Magdeburg); Kathrin Weber (KV Bielefeld); Wolf-Christian Bleek (KV Starnberg); Rüdiger Sellnick (KV Harburg-Land); Sylvia Kotting-Uhl (KV Odenwald-Kraichgau); Martin Pilgram (KV Starnberg); Diethardt Stamm (KV Wetterau); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); sowie 99 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.